

Stellungnahme zum Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/1113**

Verantwortlich: **Dez. 6**

Dienststelle: **StPIA**

Ausbau der Rheintalbahn: Akzeptanztrassen für die Stadt Karlsruhe finden

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	19.10.2021	26	X	

Kurzfassung

Die Stadt Karlsruhe (so wie andere betroffene Kommunen und weitere Akteure auch) ist in die Planung der DB zur NBS/ABS MA-KA über einen sogenannten Koordinierungsrat sowie über Dialogforen und Workshops eingebunden.

In Folge der zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse wurde bereits vor dem jüngsten Dialogforum der Bahn am 8. Oktober ein Schreiben an die Bahn gerichtet, um im direkten Austausch Fachfragen zu klären.

Parallel arbeitet die Verwaltung bereits Vorschläge aus, die an die Bahn herangetragen werden mit der Anforderung, dass Vorschläge der Stadt mit gleichem Aufwand und Detailgrad geprüft werden wie eigene Überlegungen der Bahn.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen Erträge (Zuschüsse und Ähnliches)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden			
Ja <input type="checkbox"/>			
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen:			
<input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik)			
<input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates			
<input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu.			
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/> positiv <input checked="" type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>
			geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input checked="" type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Korridor-thema: Mobilität
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit VBK

Ergänzende Erläuterungen zu 1 und 2

Die Bahnstrecke zwischen Rotterdam und Genua wird ausgebaut. Die Planung des deutschen Bereichs übernimmt hierbei die Deutsche Bahn AG (DB).

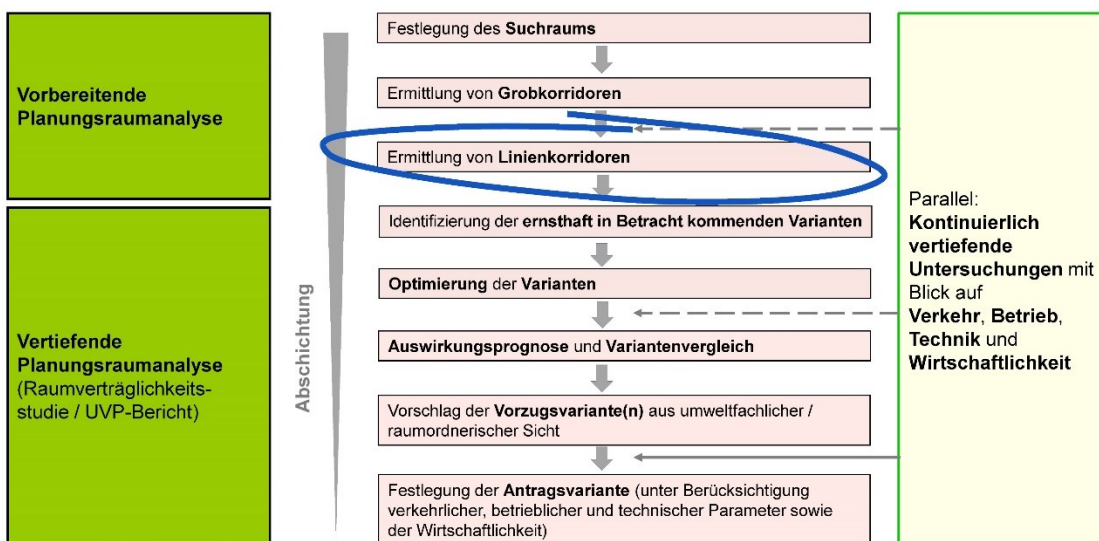
Ein Ausbau der Bahntrassen hat nicht nur Einfluss auf Takt, Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit des Personenverkehrs und damit potenziell auf das Mobilitätsverhalten der Bevölkerung, sondern je nach Trassenführung und sonstigen langfristigen Planungen der DB auch auf die Entwicklung der Güterlogistik mit ihrer Anbindung an den Hafen oder die Straße, europaweit genauso wie regional bis hin zur City-Logistik.

Karlsruhe war bereits im Bereich des Streckenverlaufs Karlsruhe-Basel von diesem Vorhaben betroffen. Es handelt sich hierbei um den Streckenverlauf vom Karlsruher Hauptbahnhof in Richtung Rastatt. Der Fokus lag dabei insbesondere auf der Beseitigung von Bahnübergängen auf der Bestandsstrecke. Bereits im Jahr 1998 wurde der betreffende Planfeststellungsabschnitt 1.0 unanfechtbar.

Momentan läuft die Planung der DB für den Bereich zwischen Mannheim und Karlsruhe, die sogenannte Neubaustrecke/Ausbaustrecke Mannheim-Karlsruhe (NBS/ABS MA-KA). Im deutschen Raum stellt diese den Lückenschluss des Ausbaus dar. Die Planungen der anderen Teilbereiche sind bereits abgeschlossen, in einigen Bereichen wurde auch bereits mit dem Bau begonnen.

Planungsmethodik.

Planungsschritte Raumordnung & Umwelt.



Die Stadt Karlsruhe (so wie andere betroffene Kommunen und weitere Akteure auch) ist in die Planung der DB zur NBS/ABS MA-KA über einen sogenannten Koordinierungsrat sowie über Dialogforen und Workshops eingebunden. Die Planung der DB erfolgt abgeschichtet von Grobkorridoren über Linienkorridore, ernsthaft in Betracht kommende Varianten, Variantenoptimierung und Variantenvergleich zu Vorzugsvarianten und schließlich der Antragsvariante.

Mit Vorlage vom 22. April 2021 wurde der Planungsausschuss zuletzt über den Sachstand informiert

Zwischenzeitlich hat eine bereichsübergreifende städtische Arbeitsgruppe unter Einbezug externer Partner (Regionalverband Mittlerer Oberrhein, VBK/AVG, Hafen sowie der betroffenen Karlsruher Bürgervereine und Ortsverwaltungen) sich des Themas angenommen und arbeitet an einer ganzheitlichen langfristigen Strategie des Schienenverkehrs. Ziel ist eine Reduzierung beziehungsweise zumindest keine Verschärfung der heutigen Lärmbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner bei gleichzeitigem Ausbau des Schienennahverkehrs sowie (wenn möglich) eine Steigerung des Schienengüterverkehrs zur Reduktion des Lkw-Aufkommens im Sinne einer nachhaltigen und umweltverträglichen Mobilität.

Über die Sommermonate 2021 wurden unter anderem die Ortskenntnisse der Bürgervereine aufgegriffen, um diese in die städtischen Überlegungen einfließen zu lassen.

In Folge der zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse wurden im Vorfeld des 4. Dialogforums, das am 8. Oktober 2021 stattfand, ein Schreiben an die Bahn verfasst, um Fachfragen zu klären und den direkten Austausch mit den Projektverantwortlichen zu suchen.

Parallel werden durch die Verwaltung derzeit bereits die Linienkorridore näher untersucht, darunter die im Antrag angesprochene Variante entlang der A5 und einer anschließenden Untertunnelung des Güterverkehrs. Diese und zukünftige Vorschläge der Stadt Karlsruhe sollen gegebenenfalls an die DB herangetragen und in deren Verfahren aufgenommen werden. Hiermit soll erreicht werden, dass die Vorschläge der Stadt Karlsruhe mit dem gleichen Aufwand und Detailgrad geprüft werden wie eigene Überlegungen der DB.

Zu den im 4. Dialogform erstmals vorgestellten Linienkorridoren wurde der Hauptausschuss am 12. Oktober 2021 mündlich informiert. Die Verwaltung wird im Planungsausschuss, das nächste Mal am 11. November 2021, über Projektstände und Fortschritte informieren. Bei Empfehlung einer favorisierten Variante wird der Gemeinderat eingebunden werden.